

Planung eines weiteren Kindergartens überfällig!

Zum Kindergartenjahr 2016/2017 stehen 116 Kinder für den Kita-Bereich (58), die Krippen (47) bzw. den Hort (11) auf den Wartelisten der Kindergärten. Im darauf folgenden Jahre werden es voraussichtlich 117 Kinder sein. Diverse Eltern weichen auf Tagesmütter oder Umlandgemeinden aus, für die Barmstedt die Zuschüsse erstatten muss. Es entstehen weitere Baugebiete, die Einwohnerzahl und die Nachfrage nach Kita-Plätzen wachsen. Die Planung eines weiteren Kindergartens ist notwendiger denn je. Man kann nicht immer neue Baugebiete ausweisen und mit der notwendigen sozialen Infrastruktur nicht hinterher kommen.

Bohrschlamm-ablagerungen in Lutzhorn?

Dem Hamburger Abendblatt konnte man entnehmen, dass in Schleswig-Holstein ca. 70 Stellen bekannt sind, an denen Reste aus den Ölbohrungen abgelagert wurden. So gibt es in Bokel und auch Lutzhorn Bohrschlammablagerungen. Das berührt u. a. das Grundwassereinzugsgebiet Barmstedts, und dementsprechend erkundigt sich die BALL nach einer möglichen Gefährdung.

Wie hoch sind die Verluste bei der AZV-Breitband GmbH?

In 2010 hatte der Abwasserzweckverband AZV, in dem auch die Stadt Barmstedt Verbandsmitglied ist, begonnen ein Breitbandnetz zu errichten und dafür die Tochtergesellschaft „azv Breitband GmbH“ gegründet. Seit Ende 2011 war der AZV Südholstein alleiniger Gesellschafter des Tochterunternehmens. Die Ausbauaktivitäten des Netzes wurden in 2013 gestoppt, da der AZV für den Aufbau eines Breitbandnetzes nicht die notwendige Genehmigung durch die Verbandsmitglieder hatte: er durfte im Grunde da gar nicht sich betätigen. Im Laufe der Jahre waren erhebliche Verluste aufgelaufen. Jetzt wurde die Breitbandsparte nach Ausschreibung mit Verlusten an die neu gegründete „Breitband Geest-Marsch“ abgestoßen. Die Bevölkerung erfährt so gut wie nichts. Die BALL-Fraktion hat deshalb in dieser Frage an die Bürgermeisterin als Vertreterin der Stadt Barmstedt folgende Anfragen gerichtet:

- 1) Wie hoch waren die aufgelaufenen Verluste bei der „AZV Breitband GmbH“?
- 2) Wie hoch ist das gegebenenfalls verbleibende Defizit nach der Entäußerung der Breitbandsparte?
- 3) Inwieweit sind die Gebührenzahler im Abwassernetz von den ggf. Verlusten betroffen?
- 4) Wer trägt die Verantwortung mit welchen Konsequenzen dafür, dass offenbar einige Millionen(?) verbrannt wurden?

Dieselrußbelastung in der Mühlenstraße:

Feinstaub-Messungen notwendig!

Immer mehr Barmstedter/innen sind durch den zunehmenden LKW-Verkehr in unserer Stadt „genervt“. Die oft sehr schnell fahrenden LKWs erzeugen nicht nur Lärm sondern auch gefährliche Abgase. Anwohner der Königstraße haben sich bereits zusammengeschlossen und setzen sich für notwendige Veränderungen ein. Durch den LKW-Verkehr, vor allem verursacht durch den seinerzeit von FWB, CDU und SPD genehmigten Bau der Meierei/Käsefabrik, sind besonders die Anwohner rund um die Meierei/Käsefabrik betroffen. Bis zu 500 LKW-Bewegungen gibt es laut Verkehrsgutachten der Stadt auf der Mühlenstraße. Mehrere Hundert Rangier-Bewegungen auf dem Firmengelände der Meierei/Käsefabrik täglich. Ein unerträglicher Zustand.



Im Herbst 2015 wandte sich die Anwohnerinitiative „Mut zur Vernunft“ mit Forderungen nach einem Lärm- und Feinstaub/Dieselrußgutachten an das Umweltministerium in Kiel sowie an alle Fraktionen der Barmstedter Stadtvertretung. Nach eingehender Beratung beschloss der Umweltausschuss der Stadt zunächst einen Sachverständigen mit der Prüfung vorhandener Gutachten und Messergebnisse zu beauftragen. In einer der nächsten Sitzung des Umweltausschusses will dann der Ausschuss über die Empfehlungen des Prüfers beraten. Danach soll über die Erstellung neuer Gutachten entschieden werden.

In einer Stellungnahme hat das Umweltministerium in Kiel die Forderung nach Feinstaub/Dieselrußmessungen zunächst abgelehnt. Begründet wurde dies damit, dass nicht einmal bei stärker befahrenen Straßen in Schleswig-Holstein die festgelegten „Grenzwerte“ überschritten werden. Ein Sprecher der CDU-Rathausfraktion hielt daraufhin eine weitere Beratung dieses Themas auch nicht mehr für notwendig. Was hier aber der Öffentlichkeit verschwiegen wird, ist der Sachverhalt, dass in Deutschland die „Grenzwerte“, auf Druck der Automobilindustrie, doppelt so hoch festgelegt wurden, wie sie von der Weltgesundheitsorganisation

(WHO) für erforderlich gehalten werden. In einem Land, in dem die Automobilindustrie Abgaswerte mit manipulierter Software verfälscht, in dem mit der „Just in time“-Produktion die Werkbänke und Lagerstätten der Betriebe auf die Straßen verlegt werden und die gestiegenen LKW-Zahlen unerträgliche Ausmaße angenommen haben, wird auf die Gesundheit der Bevölkerung wenig Rücksicht genommen.

Die WHO hat die Abgase aus Dieselmotoren, die vor allem in LKW eingebaut werden, für Menschen als sicher krebserregend eingestuft und somit auf die Stufe mit Asbest und Arsen gestellt. Die Zunahme der Herz-Kreislauf-

erkrankungen und Atemwegserkrankungen durch Feinstaub/Dieselruß führen zu mehreren 10.000 Todesfällen, stellte das Umweltbundesamt im März 2015 fest.

Der Anteil grober Rußpartikel in Dieselabgasen wurde in den letzten Jahren zwar durch den Einsatz moderner Filtertechnik verringert. Gefährlich sind aber nicht so sehr diese, sondern die lungengängigen, sehr kleinen Rußteilchen und die Gase, die nicht herausgefiltert werden. Sie sind zum Teil kleiner als 0,1 Mikrometer (μm); das ist ein Tausendstel des Durchmessers eines Menschenhaares. Die Menge dieser ultrafeinen Rußteilchen hat

durch neue Techniken in Dieselmotoren zugenommen. Je kleiner die Partikel sind, desto tiefer dringen sie in die Lunge ein. Gegenüber feinen und ultrafeinen Partikeln versagen die natürlichen Abwehrmechanismen der Lunge. Denn die Fresszellen der Lunge, die Makrophagen, können diese feinen Rußpartikel nicht mehr erkennen. So dringen sie bis in die feinsten Verästelungen der Lungen vor. Dort setzen sie sich fest und lösen Entzündungen aus. Durch ihre ultrafeine Struktur können die Partikel auch direkt in die Blutbahn gelangen und im ganzen Körper verteilt werden.

Kinder sind einer höheren Konzentration der Schadstoffe ausgesetzt als Erwachsene, weil Autoabgase bis zu einer Höhe von 1,5 Meter stark konzentriert auftreten - direkt auf Nasenhöhe der Kinder. Hinzu kommt, dass Kinderlungen einen relativ höheren Luftdurchsatz als die von Erwachsenen haben. Außerdem sind Kinderlungen empfindlicher und durchlässiger. Damit erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Kleinrußpartikel in die Blutbahn gelangen.

Wie hoch die Belastung durch Feinstaub/Dieselruß in umliegenden Wohngebieten ist, vor allem in der Mühlenstraße im Bereich der Ein- und Ausfahrten der Meierei/Käsefabrik, lässt sich nur durch Messungen feststellen. Diese Ergebnisse müssen endlich den Anwohnern zugänglich gemacht werden.

Soziale Situation in Barmstedt:

Mehr als 1000 Menschen in Armut.

Ende 2015 lebten in Barmstedt 307 arbeitslose Personen mit Bezug von Arbeitslosengeld. Weiterhin lebten 567 Menschen in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften, darunter 159 Kinder und Jugendliche. Etwas mehr als 140 Rentnerinnen und Rentner bzw. Erwerbsgeminderte bezogen Grundsicherung und 40 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt. 71 Bewohner in Pflegeeinrichtungen werden von Seiten der Stadt bei der Übernahme der Heimkosten unterstützt. Zusammen-

gefasst: Mehr als 1000 Menschen oder gut 10 % der Bevölkerung leben in finanziell- prekären Verhältnissen. Hinzu kommen weitere - vor allem Rentnerinnen und Hartz-IV-„Aufstocker“ mit sehr geringem Arbeitseinkommen -, die ihre bescheidenen Rechte nicht in Anspruch nehmen. „Die BALL hat in den letzten Jahren immer wieder Initiativen gestartet, um die soziale Lage der Arbeitslosen und Hartz-IV-Bezieher in Barmstedt etwas zu erleichtern. Das werden wir auch weiterhin

machen. Aktuell werden wir bei der Ausweisung von neuen Baugebieten darauf achten, dass moderner bezahlbarer Mietwohnungsbau entsteht“, so BALL-Fraktions-sprecher Dr. Günter Thiel. Eines der Hauptprobleme allerdings, nämlich die Durchsetzung eines existenzsichernden und menschenwürdigen deutlich höheren Mindestsatzes für den Lebensunterhalt, muss jedoch auf Bundesebene gelöst werden. Dabei unterstützt die BALL die Forderungen der LINKEN im Bundestag: Kurzfristig

müssen die Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro erhöht werden und insbesondere sind die Regelsätze für Kinder und Jugendliche deutlich anzuheben. Kinder und Jugendliche müssen perspektivisch durch eine sehr viel höhere Kindergrundsicherung abgesichert werden. Die Sanktionen, durch die jährlich Zehntausende und ganz besonders früh junge Menschen noch unter das Existenzminimum gedrückt werden, müssen abgeschafft werden.

Verschlechterungen für Alleinerziehende abgewehrt

Ein Gesetzentwurf von Arbeitsministerin Nahles (SPD) sah vor bei Alleinerziehenden mit Hartz-IV die Gelder für jeden Tag zu streichen, den das Kind beim anderen Elternteil verbringt. Doch die Proteste von LINKE und GRÜNE im Bundestag, Sozialverbänden und Arbeitsloseninitiativen waren heftig, und so wurden die unsozialen Kürzungspläne zurückgezogen.

Stacheldraht oder Menschlichkeit?

Solange die sozialistischen Länder existierten, galt in der Bundesrepublik Deutschland ein im Grundgesetz (Art. 16, 2) verankertes uneingeschränktes Asylrecht: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

1993 wurde dieses Grundrecht durch eine Grundgesetzänderung von CDU, CSU, FDP und der damals oppositionellen SPD massiv eingeschränkt; die entsprechenden Bestimmungen finden sich in Art. 16a des Grundgesetzes.

Im vergangenen Jahr sind über eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen – zu



Herbert Flick

einem beträchtlichen Teil aus Syrien, aus dem Irak und aus Afghanistan. Vielen Menschen dort hat der Krieg die Lebensgrundlage entzogen, ihr Leben wird durch Terror und Bomben bedroht. Die Flüchtlinge gelangten über die sogenannte Balkanroute und Österreich nach Deutschland. Bundeskanzlerin Merkel bezeichnete im September 2015 die Aufnahme der Flüchtlinge als nationale Aufgabe und erntete heftige Kritik in ihrer sich christlich nennenden Partei und noch größere Kritik aus dem bayrischen Able-

nete im September 2015 die Aufnahme der Flüchtlinge als nationale Aufgabe und erntete heftige Kritik in ihrer sich christlich nennenden Partei und noch größere Kritik aus dem bayrischen Able-

und finanzielle Mittel dürften in dieser Frage kein Problem sein, hatte die Bundesrepublik nach Angaben des Verteidigungsministeriums für den zwölf Jahre währenden Einsatz im Afghanistan-

in großer Not, die Städte und Gemeinden standen vor der Herausforderung, die Flüchtlinge unterzubringen und zu versorgen.

In Barmstedt und den umliegenden Gemeinden sind



ger, der sich gar „christlich-sozial“ nennt.

In diesem Punkt hatte die Kanzlerin jedenfalls unsere volle Zustimmung und Unterstützung;

Krieg doch immerhin 8,8 Milliarden Euro ausgegeben.

In der Bevölkerung entwickelte sich eine große Hilfsbereitschaft gegenüber den Menschen

225 Flüchtlinge untergebracht.

Dank der Arbeit vieler ehrenamtlicher Helfer können wir von einer echten Willkommenskultur sprechen. Sportvereine, Schulen,

Kirche, Stadtverwaltung und auch die politischen Parteien tragen in Barmstedt dazu bei, dass die vor Verfolgung und Terror geflohenen Menschen nicht als Problem betrachtet werden, sondern als Menschen in großer Not, die in jeder Weise Hilfe verdient haben.

Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen letzten Jahres ist die Stadtverwaltung geradezu verpflichtet gewesen, weitere Unterbringungsmöglichkeiten zu sichern, denn vor einem halben Jahr ist die weitere Entwicklung nicht abzusehen gewesen.

Seit Beginn 2016 fällt die Anzahl der Flüchtlinge kontinuierlich; im April sind rund 16.000 eingereiste Asylsuchende in der Bundesrepublik registriert worden. Wo liegen die Ursachen für diese Entwicklung:

Für Menschen auf der Flucht ist der Weg von der Türkei über den Balkan nach Deutschland mit Stacheldraht versperrt.

Bundeskanzlerin Merkel hat eine radikale Kursänderung vorgenommen: Unter ihrer Führung hat die EU ein Abkommen mit der Türkei beschlossen, in dem sich die Türkei verpflichtet, alle Flüchtlinge und Migranten zurückzunehmen, die nach dem 20. März auf die griechischen Inseln kommen. Die EU hat sich verpflichtet, eine begrenzte Anzahl Syrer direkt aufzunehmen – kommt die-

ser Verpflichtung aber nur höchst eingeschränkt nach.

Im Gegenzug gibt es Zugeständnisse an die Türkei: Lockerung von Visabestimmungen, neue Verhandlungen über einen EU-Beitritt und nicht zuletzt drei Milliarden Euro sofort und 2018 weitere drei Milliarden für Flüchtlingsprojekte.

Auch der (zunächst verschobene) Plan der Bundesregierung, Algerien, Tunesien und Marokko als sichere Herkunftsländer einzustufen, dient dem Zweck, die Flüchtlingszahlen zu verringern.

Solche Politik will sich anbieten bei den armseligen Gestalten, die auf nichts anderes stolz sein können, als dass sie in Deutschland geboren sind. Und zu einer solchen Politik passt auch die Meldung, dass Innenminister de Maizière mehr Rückhalt für Abschiebungen fordert – wir begrüßen die Proteste gegen die Rückführung von Asylbewerbern.

Am Ende dieses Beitrags möchte ich – wie viele andere Menschen auch – meinen Respekt bekunden vor einem Menschen, der wahrlich stolz auf sein Lebenswerk sein kann: Rupert Neudeck (Komitee Cap Anamur / Deutsche Notärzte). Er und sein Team haben tausende Flüchtlinge und Menschen in Not gerettet. Neudeck ist am 31. Mai im Alter von 77 Jahren gestorben.

Ein Gespenst geht um in Europa –

Ein Gespenst namens „TTIP“.

Die Oberen in der Europäischen Union (EU) und in unserem Land die CDU/CSU/SPD-Regierung wollten dieses Abkommen mit den USA möglichst unbemerkt verabschieden. Denn es geht um einen sprunghaften Anstieg der Einflussnahme der großen internationalen Konzerne – zu Lasten der Bevölkerung.

Und die Geheimhaltung hatte skandalöse Ausmaße angenommen. Selbst die gewählten Abgeordneten des Bundestages durften erst – nach massiven Protesten – seit Januar 2016 die bisher ausgehandelten Dokumente im Raum B 0.010 des Wirtschaftsministeriums einsehen. Sie dürfen sich aber keine Notizen machen und auch nicht weiter sagen, was sie gelesen haben.

Erst die Veröffentlichung der Papiere durch Greenpeace vor einigen Wochen hat Licht ins Dunkel gebracht.

Genau genommen handelt es sich bei TTIP um ein „Freihandels- und Investitionsschutzabkommen“ zwischen der EU und den USA. Freihandel – das heißt, dass Handelsbeschränkungen abgebaut und z.B. technische Normen und Vorschriften angeglichen werden sollen. Das kann von Vorteil sein – muss es aber nicht! In vielen Bereichen des täglichen Lebens sollen „Angleichungen“ vorgenommen werden. Davon können betroffen sein: das Lebensmittelrecht,



das staatliche Schulmonopol, das Betriebsverfassungsrecht, Arbeitsschutzvorschriften, der Umweltschutz bis hin zur Planungshoheit der Kommunen und die Eigenständigkeit kommunaler Einrichtungen. Wenn in Europa und den USA die Steckdosen und Stecker oder Gewindeschrauben und Muttern gleich sind, ist es durchaus gut. Wenn aber ein US-Konzern der Stadt Barmstedt z.B. in eine Umweltvorschrift reinreden darf, ist dieses abzulehnen. Investitionsschutz – das heißt, dass die Konzerne ganze

Länder erpressen können um ihre Profite zu steigern und abzusichern! Beispiel: Ein US-Konzern will mittels Fracking in Schleswig-Holstein Erdgas fördern. Wenn er dazu keine Erlaubnis bekommt, kann er das Land auf „entgangenen Gewinn“ verklagen. Und verhandelt werden soll so eine Klage vor einem geheimen Schiedsgericht, das nicht etwa aus Richtern besteht sondern aus internationalen Wirtschaftsanwälten!

Auf ihrer Internetseite macht die Merkel-Partei große Reklame

für diese Abkommen. Danach wird angeblich alles viel besser und schöner. So wird für Europa ein Wirtschaftswachstum von 0,5% prognostiziert. Was nicht gesagt wird: 0,5% in 10 (!!) Jahren, also pro Jahr 0,05%. Dort heißt es u.a. auch: „In Deutschland können bis zu 200 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen“. **Können** – müssen aber nicht! In Nordamerika gibt es bereits ein Abkommen namens NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko. Seitdem dieses in Kraft getreten ist, sind in

den USA 600.000 und in Kanada 400.000 **Arbeitsplätze vernichtet** worden; und in Mexiko sind die Maisbauern verarmt, weil das Land mit billigem US-Mais überschwemmt wird. Und weiter hört man von der Bundes-CDU: „Durch weniger Bürokratie können viele Preise sinken.... Kosmetika (können) um ein Viertel ... billiger werden“. Was nicht gesagt wird: In Deutschland stehen rund 1200 chemische Substanzen auf der Verbotliste für Kosmetika, weil diese Substanzen gesundheitsschädlich sind. In den USA sind gerade mal 11 (!!) Chemikalien verboten. (Und nebenbei: wer möchte schon so eine Frisur haben wie Donald Trump?).

Die Menschenrechtsorganisation Oxfam prangert die Arbeitsbedingungen in der US-Geflügelindustrie an. Einer „überwältigenden Mehrheit“ der 250.000 Arbeiter werde der Gang auf die Toilette verweigert; manchen werde sogar mit Entlassung gedroht, sollten sie Pausen fordern. In dem Bericht heißt es: „Die Arbeiter erleichtern sich, wenn sie am Fließband stehen; sie tragen Windeln bei der Arbeit.“ (Meldung in „FOCUS online“ am 13.05.2016) Sollen solche Zustände auch bei uns eingeführt werden??

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt ist von der EU mit Kanada bereits das CETA-Abkommen ausgehandelt worden. Dies birgt die gleichen Gefahren wie TTIP.

Die Barmstedter Stadtvertretung hat auf ihrer Sitzung im Febr. 2015 einstimmig eine Resolution gegen TTIP verabschiedet.

Jetzt kommt es darauf an, „unsere“ Abgeordneten im EU-Parlament und im Bundestag aufzufordern sich konsequent gegen die Verabschiedung dieser Abkommen einzusetzen!

Klaus Kuberzig



Nach Demonstrationen im letzten Oktober mit rund 250.000 Teilnehmern in Berlin und im Mai 2016 mit ca. 90.000 Beteiligten in Hannover ist für den 17. September ein weiterer bundesweiter Aktionstag geplant. Unter anderem soll dann eine Demonstration in Hamburg stattfinden. Die BALL ruft schon jetzt dazu auf, diese Aktion zu unterstützen.

Gespenster werden dort geboren, wo die Vernunft schläft! Zeigen wir den Regierenden, dass wir nicht schlafen!

Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name

Vorname

Straße

Einsenden an: Helmut Welk, Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt